

Der Vollzugsdienst

1/2019 – 66. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**60. dbb Jahrestagung in Köln:
Wir schaffen das –
wer denn bitte sonst ?**

Deutschland ohne öffentlichen
Dienst nicht vorstellbar

Seite 1

**Einrichtung für Abschiebungs-
haft: JVA Eichstätt –
Ein anderer Vollzug**

Unterbringung von Ausreisepflich-
tigen ist eine Herausforderung

Seite 15

**Koalitionsvertrag 2019 – 2024:
Wo geht es hin für den
hessischen Justizvollzug ?**

Justizministerin Eva Kühne-Hörmann
im Amt bestätigt

Seite 33

**Die Probleme im Justizvollzug sind mit
dem Jahreswechsel nicht verschwunden –
der BSBD kämpft weiter für
Verbesserungen der Situation
der Kolleginnen und Kollegen !**

Foto: © paulmz/AdobeStock



HAMBURG



SACHSEN



THÜRINGEN

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Gesundes und frohes neues Jahr wünscht die BSBD Bundesleitung unseren Kolleginnen und Kollegen
- 2 60. dbb Jahrestagung in Köln: Wir schaffen das – wer denn bitte sonst?
- 3 100 Jahre dbb – Hundert Jahre und doch nicht alt
- 4 BSBD Frauenvertretung: 3. Arbeitskreissitzung vom 30.11. – 02.12.2018 in Berlin
- 5 Forderungen des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften zur Einkommensrunde 2019
- 6 2. Bundesseniorenkongress – Anträge des BSBD
- 7 Die Fachzeitschrift „Vollzugsdienst“ war Seminarthema

LANDESVERBÄNDE

- 8 Baden-Württemberg
- 15 Bayern
- 17 Berlin
- 21 Brandenburg
- 28 Bremen
- 29 Hamburg
- 33 Hessen
- 38 Mecklenburg-Vorpommern
- 41 Niedersachsen
- 42 Nordrhein-Westfalen
- 56 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 63 Sachsen
- 66 Sachsen-Anhalt
- 70 Schleswig-Holstein
- 71 Thüringen
- 62 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 2/2019:



16. April 2019

BSBD nahm am Diskussionsabend teil:

Rechtspolitik in der Kenia-Koalition – Halbzeitbilanz

Die Spardiktate der Vergangenheit sind die Ursache für den heutigen Nachwuchsmangel

Der BSBD war zu einem Diskussionsabend, zum Thema „Rechtspolitik in der Kenia-Koalition – eine Halbzeitbilanz“ Anfang November 2018 eingeladen.

„Seit dem Frühjahr 2016 haben wir eine Kenia-Koalition im Magdeburger Landtag. Wir wollen uns für den Bereich der Justizpolitik gemeinsam mit Ihnen die Zeit für einen Rückblick auf die geleistete Arbeit zur ersten Halbzeit der Wahlperiode und einen Ausblick auf die noch ausstehenden Aufgaben aus dem Koalitionsvertrag nehmen. Welche neuen Ziele haben sich in den letzten zwei Jahren über den Koalitionsvertrag hinaus ergeben und müssen bzw. sollen umgesetzt werden?“

So stand es in einer Einladung für die Vertreter der Justiz in Sachsen-Anhalt, man konnte gespannt sein. Der Vorsitzende des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung des Land-

Juristen (AsJ) und dem Landesarbeitskreis **Christlich-Demokratischer Juristinnen und Juristen Sachsen-Anhalt (LACDJ)**.

Neben den Arbeitskreismitgliedern und Parteimitgliedern von **CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen** nahmen Vertreter der Interessenverbände der im Justizbereich tätigen Personen, wie Anwaltskammer, Vertreter der Richterschaft, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, Justizvollzug, Amtsanwaltschaft bis zur Straffälligen- und Bewährungshilfe, an dem Diskussionsabend teil. Für Gesprächsstoff von Seiten der über 40 Gäste war also an diesem Abend gesorgt.

Nachdem die beiden Landtagsabgeordneten Frau **Schindler** und Herr **Gürth** aus ihrer Sicht jeweils die für sie wichtigsten rechtspolitischen Themen dargestellt hatten, nahm Frau Ministerin **Keding** die Gelegenheit wahr, ihre Halbzeitbilanz vorzunehmen. Der

Justizministerin **Anne-Marie Keding** beklagte den Personalmangel in den Gefängnissen. Sie muss die Fehler ihrer Vorgängerin und der eigenen Verwaltung, die auch bereits unter Frau **Kolb-Jansen** gearbeitet hat, ausbaden.

Deutlich stellten sich sowohl die Ministerin wie auch die Landtagsabgeordneten hinter die begonnene Justizvollzugsreform mit der Reduzierung auf drei Vollzugsstandorte in Burg, Halle und Raßnitz, die weiter konsequent umgesetzt wird. Eine weitere Diskussion zur Änderung von Justizstandorten ist derzeit nicht vorgesehen und wird auch nicht diskutiert.

Zu einer Herausforderung dürfte allerdings die Besetzung offener Stellen werden. Auch andere Bundesländer seien auf der Suche nach qualifiziertem Personal, stellte Keding fest.

Für den Justizvollzug in den Gefängnissen hat das Land bereits eine Kampagne zur Nachwuchswerbung gestartet.

In den nächsten Jahren sollen mehr Anwärter, 45 - 2019, 30 - 2020 und weitere 30 - 2021 eingestellt werden. Die Spardiktate des früheren Finanzministers Bullerjahn in den vergangenen Jahren sind Ursache dafür, dass nicht genügend Nachwuchs ausgebildet wurde. Die Große Koalition unter SPD und CDU hat es mehr als zehn Jahre lang vorgezogen, Anstalten zu schließen und das frei gewordene Personal auf die anderen Justizvollzugsanstalten (JVA) aufzuteilen. Geschlossen wurden seit 1990 neun JVA, unter anderem in Magdeburg, Naumburg, Stendal und Halberstadt. Als vorerst letzte Anstalt wurde im Jahr 2015 die JVA Dessau-Roßlau geschlossen.

Auch dieses Personal wurde auf die verbliebenen JVAen aufgeteilt.

Dass aber auch dort ein hoher Altersdurchschnitt herrschte, wurde außer Acht gelassen.

Seitens des Justizministeriums hat anscheinend niemand damals damit gerechnet, dass die Justizvollzugsbediensteten „plötzlich und unerwartet“ bei entsprechender Gesundheit das Pensionsalter erreichen.

Die zweistündige, angeregte Diskussion verging wie im Flug. Die Vorsitzenden vom LACDJ, Frau **Anne Poggemann**, und von der AsJ, Herr **Michael Sylvester**, versprachen bei Bedarf und Gelegenheit gern solche Diskussionsrunden erneut einzuladen. ■



Personalmangel in den Gefängnissen: Die Besetzung offener Stellen mit qualifiziertem Personal wird zu einer Herausforderung werden.

Grafik: krissikunterbunt/fotolia.com

tages, Herr **Detlef Gürth** MdL (CDU), die rechtspolitischen Sprecherin der **SPD**, Frau **Silke Schindler** MdL (SPD) sowie die Ministerin für Justiz und Gleichstellung, Frau **Anne Marie Keding** (CDU), haben sich am 6.11.2018 die Zeit für eine gemeinsame Betrachtung der ersten Hälfte und einen Ausblick auf die zweite der Wahlperiode der Arbeit der Regierung und der Regierungsfractionen in Sachsen-Anhalt genommen.

Die ebenfalls angefragte rechtspolitische Vertretung der **Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen** konnte aus Termingründen an dieser Diskussion nicht teilnehmen. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer **Juristinnen und**

ganze Reigen des Koalitionsvertrages wurde im Podium angesprochen, aber auch die Konsequenzen aus den ersten Umsetzungen.

Die sich daraus ergebende Diskussion, beginnend mit der Frage nach der Gewinnung von geeignetem Personal für den gesamten Justizbereich, angefangen von Richtern und Staatsanwälten über den Justizvollzug bis zu den Gerichtsvollziehern, wurde sehr konstruktiv und für alle Seiten gewinnbringend geführt.

Das Problem des schnellen Generationswechsels in den nächsten 10 Jahren ist in allen Berufsgruppen sehr präsent. Deutlich wurde dabei auch die gegenseitige Verknüpfung der jeweiligen Berufsgruppen miteinander.

Berufsmesse „Chance“ in Halle

Nachwuchsgewinnung für den Justizvollzug

Landesvorsitzender lobt das Engagement der Kollegenschaft

Auf der Berufsmesse „Chance“ Anfang Januar 2019 war der Justizvollzug wieder mit seiner Kampagne zur Gewinnung von Nachwuchs für den sachsen-anhaltischen Justizvollzug vertreten. Der Landesvorsitzende des BSBD Sachsen-Anhalt, **Mario Pinkert**, ließ es sich nicht nehmen, den Kolleginnen und Kollegen vor Ort Dank zu sagen für ihren Einsatz für die Kampagne, um neues Personal zu gewinnen.



BSBD-Landesvorsitzender Mario Pinkert dankte den engagierten Kollegen.



Auch der Gefangenentransporter wurde vor Ort gezeigt.



Frau Weidinger (Justizministerium Personalreferat) und Herr Stach (Anstaltsleiter JVA Halle).



Kollege Gröne stand Rede und Antwort.

Fotos (4): BSBD Sachsen-Anhalt

Satz des Tages!

„Bei uns fliehen nicht die Häftlinge, sondern die Justizvollzugsbeamten“.

Linken-Landtagsfraktionschefin Simone Oldenburg zur angespannten Personalsituation in den Gefängnissen von M-V.

Heute schon gelacht?

Sagt ein Kollege zum anderen: „Ich arbeite voll.“ Sagt der andere: „Du ich auch. Anders als hackedicht erträgt man ja auch die Kollegen nicht“.

Von EXPRESS-Redakteur Marcel Jarjourten

Anreize für Bewerber schaffen

Gehaltszulage für Anwärter soll Attraktivität steigern

Der nachfolgende Artikel durfte mit freundlicher Genehmigung der **dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH**, Hamburg, www.dpa.de, abgedruckt werden.

Anwärter auf den Justizvollzugsdienst in Sachsen-Anhalt sollen höhere Bezüge erhalten.

In Sachsen-Anhalt werden dringend neue Beamte benötigt. Die Landesregierung will potenzielle Anwärter mit einem Gehaltszuschlag anlocken.

Mit einem kräftigen Zuschlag auf das Gehalt will die Landesregierung Tausende neue Beamte in den Staatsdienst von Sachsen-Anhalt locken. „Wie brauchen rund 4.500 Polizisten, Lehrer und auch Beamte in unseren Ministerien“, sagte Finanzminister **André Schröder** am Dienstag laut Mitteilung. „Mit diesem ersten Stellenaufwuchs seit gut 20 Jahren schließen wir entstandene Lücken.“

Wenn ausgeschriebene Stellen mangels Bewerbungen nicht besetzt werden können, dürften die Personalabteilungen von Januar an bis zu zehn Prozent Zuschlag auf das Anfangsgrundgehalt zahlen.

Nach dem neuen Gesetz zu den dienstrechtlichen Vorschriften können Beamte auch mit einem Bonus länger im Dienst bleiben. Sie bekommen einen Zuschlag in Höhe von zehn Prozent auf ihr Grundgehalt, wenn sie später in den Ruhestand gehen. Einen Mangel an Fachkräften gebe es im Öffentlichen Dienst des Landes unter anderem bei

Lehrkräften und IT-Spezialisten, so das Ministerium.

Auch im Gefängnis zu arbeiten soll jetzt attraktiver werden. Sachsen-Anhalt wirbt künftig mit zusätzlichem Geld um Nachwuchs für den Justizvollzugsdienst. Von 2019 an sollen die Anwärter 30 Prozent höhere Bezüge erhalten, kündigte Justizministerin **Anne-Marie Keding (CDU)** in Magdeburg an. „Das ist für uns ein ganz großes Anliegen, weil wir eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Wenn jemand schon mal Geld verdient hat, ist das etwas anderes als wenn er bislang vom Lehrlingsgehalt gelebt hat.“ Die rechtlichen und finanziellen Grundlagen seien da. „Das geht Hand in Hand mit unserer Kampagne mit eigenem Internet-Auftritt, Flyern und dem Besuch von Berufsmessen“, sagte die Ministerin.

In einer ersten Bilanz sagte **Keding** zur Kampagne, die 2018 gestartet worden war: „Bislang sind wir zufrieden damit.“ Es sei nicht nur eine Drei-Monats-Kampagne, sondern eine langfristige, um das Berufsfeld wieder bekannter zu machen. Wie die Kampagne wirkt, solle 2019 anhand der neu eingestellten Bewerber getestet werden, kündigte **Keding** an. Sie würden speziell zur Kampagne befragt.

45 Anwärter pro Jahr

Bis zu 45 Anwärter sollten nun pro Jahr eingestellt werden, sagte **Keding**. In diesem Jahr sei das Ziel nicht erreicht worden. Es habe 26 Einstellungen gegeben.

Dass das Angebot nicht ausgeschöpft worden sei, führte **Keding** vor allem darauf zurück, dass der Justizvollzugsdienst als Arbeitsplatz noch zu unbekannt sei. „Und ich glaube, sie müssen sich dem auch gedanklich nähern. Es ist nicht so, dass sie auf der Schulbank sitzen und sagen ‚Ich will ins Gefängnis‘.“

Gesucht werden Menschen mit einer abgeschlossenen Lehre. „Sie brauchen Persönlichkeits- und Lebenserfahrung, um diesen anspruchsvollen Tätigkeiten auch zurecht zu kommen.“ Bislang sind die Anwärterbezüge überschaubar. Sie liegen laut Ministerium bei knapp 1.160 Euro brutto ohne Sonderzuschlag, hinzu kommt eine Stellenzulage von etwas mehr als 100 Euro. Die Ministerin betonte: „Wir gehen nicht ab von den persönlichen und charakterlichen Eignungsfeststellungen. Diese Position ist auch sicherheitsrelevant. Und die Arbeit mit und am Gefangenen ist sehr fordernd. Es ist weit mehr als das Bewachen und Umgehen, sondern es ist der ständige Kontakt mit dem Gefangenen.“ Die Beschäftigten im Gefängnis seien beispielsweise diejenigen, die auf Suizidgefahren aufmerksam würden.

Kampagne für JVA-Bedienstete

Die Kampagne „Perspektive hinter Gittern? Mit Sicherheit.“ für mehr Nachwuchs im Justizvollzug war im Februar 2018 gestartet worden. Im Koalitionsvertrag hatten **CDU, SPD und Grüne** vereinbart, nicht nur die Altersabgänge zu ersetzen, sondern 100 Bedienstete zusätzlich einzustellen. ■

Pressemitteilung des Justizministeriums in Sachsen-Anhalt:

Ulrike Hagemann zur Leiterin der JVA Burg ernannt



Der BSBD Sachsen-Anhalt gratulierte Frau Hagemann zu ihrer Ernennung als Anstaltsleiterin der JVA Burg. Der Landesvorstand war vertreten von Anett Matz und der Ortsverband Burg durch Axel Rojahn.

Magdeburg (MJ). Sachsens-Anhalts größte Justizvollzugsanstalt hat eine neue Chefin. **Ulrike Hagemann** wurde zur Leiterin der Justizvollzugsanstalt Burg ernannt. Nach verschiedenen Stationen im Landesdienst ist sie seit 2009 im Justizvollzug tätig.

Die 46-jährige Juristin war bereits ab 2011 stellvertretende Leiterin der Justizvollzugsanstalt Burg. **Anne-Marie Keding**, Ministerin für Justiz und Gleichstellung, gratulierte Frau **Hagemann** zur Ernennung und wünschte ihr viel Erfolg bei der Erfüllung ihrer verantwortungsvollen Aufgabe.

Quelle:

MJLSA – Pressemitteilung
Nr.: 045/2018, Magdeburg,
den 23. November 2018 ■

Im vorweihnachtlichen Berlin:

Arbeitskreis BSBD Frauen im Gespräch mit Helene Wildfeuer

Ein Besuch der JVA Moabit stand auch auf dem umfangreichen Programm

Vom 30.11. bis 02.12.2018 trafen sich die Frauenvertretungen der Landesverbände des BSBD zur Arbeitskreissitzung in Berlin. Wie jedes Jahr sind diese Tage vollgepackt mit Berichten z. B. zur **14. Frauenpolitischen Fachtagung** oder zur **dbb Frauenvertretung** in Dresden, und wir durften in diesem Jahr als besonderen Gast **Helene Wildfeuer** begrüßen, die mit ihrem Referat „Diskriminierungsfreies Fortkommen“ die AK-Sitzung eröffnete. Die anschließende Diskussion und Fragestunde mit **Helene** war sehr interessant und wir konnten fast kein Ende finden.

Den nächsten Tag begannen wir mit der Besichtigung der JVA Moabit, welche von **Birgit Polnik** aus Berlin super organisiert und geführt wurde.

Vielen Dank dafür! Für die anschließende Auseinandersetzung mit dem Thema geschlechtergerechte Beurteilungs- und Beförderungspraxis in der **dbb Akademie Berlin** hatten wir dann nach der ausgiebigen Bewegung den Kopf frei. Am Abreisetag stand vor der



Arbeitskreis der Frauen vor der JVA Moabit.

Foto: Sachsen-Anhalt

Zusammenfassung und Verabschiedung noch der Besuch des Bundestages an. Auch dieser wurde von **Birgit** bestens vorbereitet und organisiert. Bei

einer Führung erfuhren wir viele interessante Details zum Bundestag. Alles in allem war es wieder ein gelungenes Treffen.

Anett Matz ■

Artikel werfen Fragen auf

In Sachsen-Anhalt stehen 2.300 offenen Haftbefehlen lediglich 355 offene Haftplätze gegenüber

Am 2. Januar 2019 stand in der „Mitteldeutschen Zeitung“ – Zitat:

„... Sachsen-Anhalt will seine Haftplätze weiter reduzieren. Ende November etwa habe es 1.580 Gefangene gegeben bei 1935 Haftplätzen, sagte Justizministerin **Anne-Marie Keding (CDU)** in Magdeburg.

Im geschlossenen Vollzug habe das Land eine Belegungsrate von knapp 86 Prozent.

Aufgrund der demografischen Entwicklung will Sachsen-Anhalt die Zahl der Haftplätze weiter reduzieren und dazu in Halle ein neues Gefängnis bauen, das zwei alte ersetzen soll. ...“

Einen Tag später ... in der „Volksstimme“ vom **03. Januar 2019** – Zitat:

„... Sachsens-Anhalts Polizei fahndet nach rund 2.300 verurteilten Straftätern. Auch Rechtsextremisten werden per Haftbefehl gesucht.“

Dazu einfach Gedanken, die auf der Hand liegen:

Wenn die Polizei zum Beispiel vielleicht nur 25 % (575) der o. g. Haftbefehle im nächsten Zeit vollstreckt, wären ja alle jetzigen Standorte voll- bzw. überbelegt, auch hätte man keinen Puffer mehr.

Vor allem, nachdem die Polizei 2017 ca. 700 Einstellungen, und 2018 ca. 500 Einstellungen getätigt hat. Wenn dort alle ihren Dienst antreten, **was passiert dann?**

Auch ist anzumerken, dass im Justizvollzug im Moment ein akut hoher Personalbedarf besteht.



Man kann es auch anders ausdrücken. **Uns fehlt einfach Personal.**

Im Jahr 2018 waren 45 Stellen ausgeschrieben und es konnten nur 26 Stellen besetzt werden.

Man ist, bzw. man kann nur gespannt sein, wie das mit dem Personal abgedeckt werden soll. ■